

AfD (Alternative für Deutschland)



Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine rechtspopulistische und rechtsextreme Partei in Deutschland. Sie wurde am 6. Februar 2013 gegründet und gilt als "EU-skeptische und rechtsliberale" Partei. Diese Partei teilt sich in unterschiedliche Flügel auf, die Rechtsradikalismus, Homophobie, Anti-Feminismus, Antisemitismus und andere Gruppen, die personenfeindliche Stellungen haben, unterstützen. Bis zu 40% der rechtsextremistischen Kräfte kommen beim völkisch-nationalistischen Flügel zusammen. Daher ist dieser der größte Sammelpunkt in der Partei. Bei der Bundestagswahl 2017 kam die AfD zum ersten Mal in den 19. Deutschen Bundestag. Mit 12,6% stellt die AfD die dritt stärkste Macht und die größte Oppositionspartei da.

Personen in der AfD:

Die Parteivorsitzenden sind Jörg Meuthen und Tino Chrupalla. Deren Stellvertreterin ist Alice Weidel. Die beiden Vorsitzenden sind Stephan Brandner und Beatrix von Storch. Der Bundesgeschäftsführer ist Hans-Holger Malcomeß und der Bundesschatzmeister ist Carsten Hütter. Der Ehrenvorsitzende ist Alexander Gauland.

Informationen zur AFD:

Die Farben der Flagge sind hellblau, rot und weiß. Die Anzahl der Bundestagssitze beträgt 88/709. Die Anzahl der Sitze im Landtag beträgt 241/1868. In der AFD gibt es insgesamt 32.000 Mitglieder. Man kann mit 16 Jahren ein Mitglied der AFD werden. Die staatlichen Zuschüsse betragen 7.548.879,14€. Der Frauenanteil beträgt 16%.

Politik in der AfD:

In der **Europa-, Finanz- und Wirtschaftspolitik** möchte die AfD den Euro absetzen lassen und durch eine Volksabstimmung eine neue Währung nur für Deutschland einführen. Die AfD ist nicht gegen die EU, kritisiert aber den Euro stark. In der **Außen- und Verteidigungspolitik** möchte die AfD Einiges tun. Sie ist für die Restauration der Bundeswehr und die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Sie möchte sich außerdem mehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren. Bei der **Umwelt- und Klimapolitik** leugnet die AfD den Klimawandel und behauptet, dass CO₂ ein Bestandteil des Lebens sei und dass es keinen Temperaturanstieg gebe. Die **Familien- und Geschlechterpolitik** richtet sich nach dem alten traditionellen Konzept, bei der die Frau zuhause bleibt und der Mann arbeiten geht. Das "Gendern" lehnt die AfD vollkommen ab und zeigt dies auch durch Kampagnen wie "Stoppt den Gender-Wahn". Die AfD-typische **Migrations- und Asylpolitik** möchte allen Ausländern, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, das Arbeitslosen- und Kindergeld streichen. Zuwanderung werde bejaht, wenn es um qualifizierte Fachkräfte geht.

Wahlprogramm in der AfD:

Die AfD möchte eine Heimat schaffen, die unsere Traditionen und christlichen Werte schützt. Außerdem möchte sie für Deutschland eine bessere kommunale Infrastruktur. Leute, die ausreisepflichtig sind, sollen konsequent abgeschoben werden. Eine Senkung der Steuern für Unternehmen soll eingeführt werden. Außerdem sollen Wohnungen und Häuser wieder günstiger werden. Eine Umweltpolitik, die als "ideologisch betriebene Klimareligion" herkommt, wird vollkommen abgelehnt und eine Familienpolitik, die die traditionelle Familie stärkt, soll unterstützt werden.

Jugendorganisation:

Die AfD hat eine Jugendorganisation, die mit 1655 Personen relativ klein ist. Die Jugendorganisation mit dem Namen "Junge Alternative für Deutschland (JA)", wurde 2013 gegründet und kann ab einem Alter von 14 Jahren betreten werden.

Internetauftritt der AfD:

Die AfD hat eine gut zu erreichende Website, die gut gegliedert ist. Sie hat außerdem einen Podcast und eine eigene Zeitung.

Man kann sich gut über einzelne Gebiete der AfD informieren, daher würde ich den Internetauftritt als sehr gut bewerten.

Corona und Schule:

Die AfD fordert, dass die Schulen geöffnet bleiben, da wir die Bildung brauchen und die Zukunft in unseren Händen liegt. So soll verhindert werden, dass leistungsschwache Schüler nicht so schwer abrutschen und die Bildung der Schüler keinen allzu schweren Schaden nimmt.

Maßnahmen gegen wachsende (Corona bedingte) Armut:

Die AfD möchte die Armut stark bekämpfen. Sie hat Anträge gestellt, die die Armut bei alten Personen bekämpfen soll. Außerdem möchte sie, dass Geschäfte wieder öffnen, da die Armut mehr Personen betrifft als Corona.

Zukunftsfähigkeit der Partei im Hinblick auf Parteiverdrossenheit:

Die Partei ist mit Kampagnen, Anträgen und Ständen in vielen Regionen präsent. Vor allem in der Coronakrise ist sie sehr aktiv und setzt sich stark ein.

Legende:  = Personen  = Corona bedingt

Quellen: Wikipedia, Süddeutsche Zeitung, Deutscher Bundestag